

Politisches Wissen

Bettina Westle

Markus Tausendpfund *Hrsg.*

Politisches Wissen: Korrekte Kenntnisse, Fehlvorstellungen und Ignoranz



Springer VS

Politisches Wissen

Reihe herausgegeben von

Bettina Westle, Philipps-Universität Marburg, Institut für Politikwissenschaft,
Marburg, Deutschland

Markus Tausendpfund, Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften,
FernUniversität in Hagen, Hagen, Deutschland

Normative Theorien der Demokratie zeichnen nicht selten ein Bild von bestens informierten, politisch kenntnisreichen und ihre wohlgeordneten Präferenzen selbstbewusst und engagiert vertretenden Bürgern. Während sich eine Vielzahl nationaler und international vergleichender Studien seit Jahrzehnten kontinuierlich der empirischen Analyse von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen widmet, fehlt es – trotz der so genannten kognitiven Wende in den Sozialwissenschaften – im deutschen Kontext an Studien zum politischen Kenntnisstand. Über das politische Wissen und das Verständnis politischer Vorgänge bei den Bürgerinnen und Bürger liegen nur äußerst fragmentarische, punktuelle empirische Analysen in Fachzeitschriften vor. Angesichts dessen, dass die Kenntnis politischer Fakten und Zusammenhänge jedoch eine grundlegende Voraussetzung ist, um die demokratische Staatsbürgerrolle kompetent zu erfüllen – z. B. die eigenen Interessen zu vertreten, die Handlungen der politischen Eliten verstehen und kontrollieren zu können – besteht hier ein erhebliches Defizit. Ziel der Reihe ist es, diese Lücke zu füllen.

Bettina Westle · Markus Tausendpfund
(Hrsg.)

Politisches Wissen: Korrekte Kenntnisse, Fehlvorstellungen und Ignoranz

Hrsg.

Bettina Westle
Philipps-Universität Marburg
Marburg, Deutschland

Markus Tausendpfund
FernUniversität in Hagen
Hagen, Deutschland

ISSN 2523-8361

ISSN 2523-837X (electronic)

Politisches Wissen

ISBN 978-3-658-42978-2

ISBN 978-3-658-42979-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-42979-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2024

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Das Papier dieses Produkts ist recycelbar.

Inhaltsverzeichnis

Politisches Wissen: Korrektes Wissen, Fehlvorstellungen und Ignoranz	1
Bettina Westle und Markus Tausendpfund	
Persönlichkeit und politisches Wissen	13
Simone Abendschön und Markus Tausendpfund	
„Ich weiß, was ich nicht weiß“ – Geschlechterunterschiede beim politischen Wissen	47
Fabio Best und Sascha Huber	
Messung von Wissen zur staatlichen Alterssicherung und dessen Verteilung in der Bevölkerung	83
Daniel Moosdorf	
Folgen individuellen Wissens für die Bewertung der Gesetzlichen Rentenversicherung	121
Bettina Westle	
Wenn falsch nicht das Gegenteil von richtig ist. Korrektes Wissen, falsche Vorstellungen und Ignoranz im sicherheits- und verteidigungspolitischen Politikfeld	163
Markus Steinbrecher und Heiko Biehl	
Misskonzeptuelle Vorstellungen zum parlamentarischen Regierungssystem	197
Katrin Hahn-Laudenberg	

Politisches Wissen und Pseudowissen in Online-Erhebungen: Raten und Recherchieren	227
Bettina Westle	



Politisches Wissen: Korrektes Wissen, Fehlvorstellungen und Ignoranz

Bettina Westle und Markus Tausendpfund

1 Einleitung

Mit der Moderne und nochmals verstärkt gegenwärtig – so der Tenor theoretischer Arbeiten – nimmt die Bedeutung von Wissen zu. Irrtümer und Fehlglauben sowie fehlendes Wissen seien zugunsten zutreffenden Wissens in nahezu allen Lebensbereichen erheblich zurückgegangen, und zwar sowohl im Alltagsleben als auch in der Wissenschaft. Allerdings nehme auch das Nichtwissen zu, da man keineswegs der Lösung einer endlichen Zahl von Problemen nahekomme. Vielmehr würden neben der Schließung von Wissenslücken gleichzeitig immer mehr neue Probleme und offene Fragen aufgedeckt (im Überblick Hebestreit 2013).

Im Bereich der Politik gehören nicht nur in vielen Theorien der Demokratie (z. B. Dahl 2000, S. 37–38), sondern auch im Selbstverständnis realer Demokratien die Information der Bevölkerung, öffentliche Debatten, Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen zu den zentralen Anforderungen und Voraussetzungen für rationale Partizipation (Bennett 1989, S. 422; Schübel 2018, S. 46; Melcher 2021, S. 67–70). Im Zuge der Verbreitung des Internets haben

B. Westle (✉)
Philipps-Universität Marburg, Marburg, Deutschland
E-Mail: westle@staff.uni-marburg.de

M. Tausendpfund
FernUniversität in Hagen, Hagen, Deutschland
E-Mail: Markus.Tausendpfund@fernuni-hagen.de

sich zwar einerseits die Informationsmöglichkeiten massiv vergrößert, allerdings sind die Quellen von sehr unterschiedlicher Vertrauenswürdigkeit (z. B. Van Aelst et al. 2017). Das Aufkommen und die potenziell weltweite Verbreitung sog. Postfakten und Fake News legt davon Zeugnis ab. Damit dürften nicht nur die Möglichkeiten des Wissenserwerbs zugenommen haben, sondern auch das vermeintliche (aber unzutreffende) Wissen eine neue Qualität und Quantität annehmen. Die zunehmende Heterogenisierung des Informationsverhaltens und der Rezipientenmärkte lässt zudem in Zukunft eine steigende Fragmentierung des Wissens erwarten (z. B. Gil de Zúñiga et al. 2017; Damstra et al. 2023).

Die Parallelität dieser unterschiedlichen Entwicklungen deutet darauf hin, dass korrektes Wissen, Wissenslücken und Fehlvorstellungen nicht notwendigerweise ein Nullsummenspiel bilden, sondern gleichzeitig zunehmen können. In der empirischen Politikwissenschaft ist jedoch seit Jahrzehnten eine Sichtweise dominant, in der korrektes Wissen den beiden anderen Formen (also fehlendem Wissen und vermeintlichem Wissen) ohne deren Differenzierung gegenübergestellt wird. Bei der Nutzung von Befragungen über Faktenwissen stellt sich dies als Gegenüberstellung richtiger Antworten auf der einen Seite und den zusammengefassten fehlenden („weiß nicht“) und falschen Antworten auf der anderen Seite dar. Diese Zusammenfassung entspricht sowohl bei den einzelnen Fragen als auch bei Index- und Skalenbildungen einem simplen Spiegelbild von zwei statt der Abbildung von drei Formen.

Diese Sichtweise auf Wissen entspricht jedoch am ehesten der Schullogik von Lehre, Lernen und Prüfen: Nur richtige Antworten geben Punkte für die Note, während falsche und fehlende Antworten gleichermaßen nicht gezählt werden. Aus der Perspektive eines rationalen Schülers ist es daher nicht sinnvoll, Fragen nicht zu beantworten, denn selbst in zufälligen Rateversuchen könnten sich Körnchen an Wahrheit verbergen, die eine gut gewillte Lehrkraft anerkennen kann, während eine fehlende Antwort keine Möglichkeiten einer Bepunktung zulässt. Dem „richtigen Leben“ käme jedoch ein Punkteabzug bei falschen Antworten eher nahe, da falsche Lösungen bzw. falsche Vorstellungen zu Fakten häufig andere Folgen haben als fehlende Vorstellungen. (Man denke hier bspw. an eine Gerichtsverhandlung: Die Aussage „ich kenne den Mörder nicht“ hat andere Folgen als die Aussage „es war der Gärtner“, während es sich später herausstellt, dass es der Butler war).

Nur sehr selten wurde in der Politikwissenschaft auch das sog. Nettowissen berechnet, also ein Abzug der Anzahl falscher von der Anzahl richtiger Antworten. Mit dem Nettowissen gewinnt man allerdings nur einen Einblick in das Verhältnis von richtigen zu falschen Antworten, kann diese jedoch nicht weiter im Hinblick auf Zusammenhänge untersuchen. Hinter der hier vertretenen Auffas-

sung, dass korrektes Wissen, Fehlvorstellungen und fehlendes Wissen getrennt untersucht werden sollten, steht jedoch die Annahme, dass alle drei Komponenten des Wissens nicht nur gemeinsame, sondern auch unterschiedliche Determinanten und unterschiedliche Folgen haben können.

Hinzu kommt, dass die Verhaltenslogik bei freiwilligen Befragungen eine andere ist als die in der Schule, da es in der Befragung (außer bei experimentellen Ansätzen) weder Noten noch andere Belohnungen für richtige Antworten gibt. Das sollte – bei oberflächlicher bzw. naiver Betrachtung – zu ehrlichen Antworten beitragen, also dazu führen, dass mit einer korrekten Antwort auch korrektes Wissen und nichts anderes gemessen wird, mit einer falschen Antwort entsprechend nur eine Fehlvorstellung und mit einer „weiß nicht“ oder fehlenden Antwort nur fehlende Kenntnisse zum Ausdruck kommen. Das ist jedoch nicht immer der Fall. Vielmehr können unterschiedliche Strategien als Störfaktoren intervenieren. Dazu gehören bspw. Raten, Betrügen, Satisficing, expressive Antworten und Beeinflussung des Antwortverhaltens durch soziale Wünschbarkeit.

Sofern man davon ausgehen kann, dass das Antwortverhalten der Befragten nicht massiv und konsistent über alle Faktenfragen hinweg durch solche Strategien beeinträchtigt ist, wird in der Forschung entsprechend dem Konzept *multiples Messung* häufig nicht mit den einzelnen Items gearbeitet, sondern es werden Skalen daraus gebildet, die nicht den singulären inhaltlichen Wissensbestand zu einer Frage, sondern das dahinterliegende Konstrukt des Wissens im Allgemeinen abbilden sollen. Die bei weitem häufigste Form solcher Skalen umfassen in der Politikwissenschaft nur die richtigen Antworten. Bei der Skalenkonstruktion selbst werden überwiegend additive Zählindizes gebildet. Da die Fragen jedoch zumeist unterschiedliche Schwierigkeitsgrade haben (und haben sollen), werden auch andere Verfahren genutzt, wie z. B. die Mokkenskalisierung, die beansprucht diese so zu berücksichtigen, dass die resultierende Skala als linear betrachtet werden kann (für eine Übersicht verschiedener Messmodelle s. Schübel 2018, S. 203–212). Dies ist bisher unseres Wissens ausschließlich auf Grundlage korrekter Antworten erfolgt. Ob eine Mokken-Skalierung gegenwärtig auch für falsche und nicht-substanzielle Antworten möglich ist, darf bezweifelt werden, da in der zugrunde liegenden Perspektive eben nicht ausschließlich der Schwierigkeitsgrad gemessen anhand der korrekten Antworten im Gegensatz zu allen anderen relevant ist, sondern weitere Faktoren in die Auswahl der Antwortoptionen hineinspielen. Hier wird es also zunächst wohl bei additiven Skalen bleiben.

Eine mögliche Alternative zu dem gängigen Vorgehen hat sich darüber hinaus bereits vor Jahrzehnten in der amerikanischen Debatte entwickelt. Hintergrund war eine Kontroverse über den Umgang mit Antwortvorgaben zu Faktenfragen in Umfragen. Während Delli Carpini und Keeter (1996) ein explizites Angebot von

„don't know“ (weiß nicht) präferierten und hofften damit geratene Antworten weitgehend zu vermeiden, versuchten andere wie Mondak (1999) sowie Mondak und Davis (2001) das Problem unterschiedlicher Rateneigungen dadurch zu vermeiden, dass sie kein „weiß nicht“ zuließen (und notfalls bei Verweigerungen substantielle Antworten zufällig zuwiesen). Beide Vorgehensweisen sind jedoch mit Problemen verbunden. Mit der ersten Variante konnte Raten nicht völlig vermieden werden und es war nicht zweifelsfrei als solches identifizierbar. Die zweite Variante verhinderte die Möglichkeit der Unterscheidung zwischen dem Bewusstsein des eigenen Nichtwissens und falschen Antworten infolge von Fehlinformation und Überzeugung. Kuklinski et al. (2000) wiesen jedoch auf die Bedeutung der Differenzierung zwischen „confident held false beliefs“ und „awareness of one's ignorance“ hin, dem sie und seither auch andere theoretisch und/oder empirisch unterschiedliche Ursachen und verschiedene Folgen zuschreiben (im Überblick Jerit und Zhao 2020). Nur falsche Überzeugungen würden zur Meinungs- und Einstellungsbildung herangezogen werden und stellten damit eine wichtige, aber verzerrte Grundlage für Entscheidungen und Verhalten dar. Zu den Nichtwissenden wurde dagegen angenommen, dass sie – falls sie sich dennoch zu Meinungs- und Einstellungsfragen äußern – die Antworten zufällig aussuchen und sich ihre Antworten im Aggregat daher ausgleichen (z. B. Page und Shapiro 1992).

Von der Problematik des Ratens herkommend, vertraten weitere Forschende die Auffassung, dass sich infolge unterschiedlicher Rateneigungen hinter „weiß nicht“ Antworten auch Wissen gepaart mit Unsicherheit der Respondenten verberge (Mondak 1999; Prior und Lupia 2008). Mondak (2001) sowie Mondak und Davis (2001) empfahlen daher unterschiedliche Rateneigungen zu minimieren. Dazu sollte Zwang zu substantiellen Antworten ausgeübt werden, wofür verschiedene Wege empfohlen wurden, von einer dringenden Aufforderung zu Raten auch bei (subjektiv) fehlendem Wissen über die Verweigerung einer „weiß nicht“ Option und Möglichkeit der Antwortauslassung bis hin zu nachträglicher Imputation von Antworten.

Beide Argumentationsstränge zusammengeführt resultierten in dem Vorgehen, einen Zwang zu substantiellen Antworten auch mithilfe von Raten auszuüben, aber statt der nicht zugelassenen „weiß nicht“ Option Fragen nach der subjektiven Sicherheit der Antworten hinzuzufügen. Der damit erhoffte Gewinn ist die gleichzeitige Nivellierung unterschiedlicher Rateneigungen und Aufdeckung verborgenen Wissens. Nach unserer Kenntnis wurde erst mit der Arbeit von Lee und Matsuo (2018) ein solches Vorgehen auch implementiert, wobei gezeigt werden konnte, dass korrekte Antworten und subjektive Sicherheit der Antworten voneinander unabhängige Dimensionen bilden, was die zentrale Voraussetzung für den damit erhofften Erkenntnisgewinn ist.

Der vorliegende Band enthält empirische Beiträge, die die Differenzierung von korrekten Antworten, falschen Antworten sowie „weiß nicht“ Angaben aufgreifen und empirische Befunde zu dieser Frage präsentieren. Bevor wir die einzelnen Beiträge und die zentralen Befunde vorstellen, bieten wir eine knappe Betrachtung der oben angesprochenen Facetten politischen Wissens.

2 Sprachgebrauch und Definitionen

In der Forschungspraxis wird politisches Wissen meist als politisches Faktenwissen verstanden und definiert als „the range of factual information about politics that is stored in long-term memory“ (Delli Carpini und Keeter 1996, S. 10). Es handelt sich um politische Kenntnisse, die eindeutig als richtig oder falsch klassifiziert werden können, und im Langzeitgedächtnis einer Person gespeichert sind (Westle und Tausendpfund 2019, S. 4).

Delli Carpini und Keeter (1996, S. 14) unterscheiden drei zentrale politische Wissensbereiche: Institutionen und Verfahren, Personen und Parteien sowie politische Themen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten wissen, wie das politische System funktioniert und nach welchen Prinzipien es arbeitet. Um bei Wahlen begründete Entscheidungen für oder gegen eine politische Partei bzw. einen Kandidaten treffen zu können, stellt die Kenntnis der politischen Akteure, ihrer ideologischen Orientierungen sowie ihrer inhaltlichen Positionen ein weiteres zentrales Element politischen Wissens dar. Schließlich ist Wissen über politische und sozioökonomische Themen, Probleme und Streifragen erforderlich, um vergangene Politik bewerten und politische Entscheidungen für künftige Politik begründet treffen zu können.

Der Begriff „Wissen“ oder „politisches Wissen“ wird in diesem Band als übergreifende Bezeichnung für die vier Facetten von Kognitionen benutzt, zu denen nachfolgend kurze Begriffsbezeichnungen und Definitionen erfolgen.

- Unter „*Korrektem Wissen*“ werden zutreffende Vorstellungen zu politischen Fakten verstanden, indiziert durch richtige Antworten auf Faktenfragen.
- Als „*Fehlvorstellungen*“ werden falsche Vorstellungen zu politischen Fakten benannt, indiziert durch unkorrekte Antworten auf Faktenfragen.
- Mit „*Ignoranz*“ wird das Fehlen von Vorstellungen zu politischen Fakten bezeichnet, indiziert durch explizite „weiß nicht“ Antworten (und je nach Gestaltung des Erhebungsinstrumentes auch durch explizite Antwortverweigerungen oder Auslassungen von Antworten).

- Mit „*Pseudowissen*“ werden substantielle Antworten auf Fragen zu fiktiven Objekten umschrieben, auf die es also keine richtige oder falsche substantielle Antwort geben kann, sondern ein „weiß nicht“ (Antwortverweigerung, Auslassung oder z. B. spontanes „kenne ich nicht“, „gibt es nicht“) die korrekte Antwort wäre.

Sofern es einen Antwortzwang gibt, der aber von der Erhebung der subjektiven Sicherheit begleitet wird, sind weitere Bezeichnungen erforderlich.

- Als „*Sicheres Wissen oder Expertise*“ werden korrekte Antworten gepaart mit der subjektiven Auffassung, dass das Wissen korrekt ist, verstanden.
- Als „*Unsicheres Wissen*“ werden korrekte Antworten gepaart mit subjektiver Unsicherheit bezeichnet.
- Mit „*Fehlüberzeugung*“ werden falsche Antworten, die von Sicherheit über ihre Korrektheit begleitet sind, bezeichnet.
- Von „*Bekennender oder Offener Ignoranz/Unkundigkeit*“ ist die Rede bei der Kombination falscher Antworten mit geringer subjektiver Sicherheit zu ihrer Korrektheit.

Zumeist werden Antwortmöglichkeiten auf Faktenfragen als *binär* angesehen, d. h. die Antwort kann objektiv richtig sein oder nicht. Berücksichtigt man allerdings die Begrenztheit menschlicher Erkenntnis, so kann die Validität von Fakten auch als *Kontinuum* verstanden werden. In diesem Fall ist dann die Rede von korrekten Antworten, wenn diese der besten verfügbaren Evidenz in der öffentlichen Domäne/Wissenschaft entsprechen, und von falschen Antworten, wenn sie dieser Evidenz widersprechen (Flynn et al. 2017).

Diese Konzeptualisierung eines Korrektheits-Kontinuums erlaubt ein weiteres Spektrum von politischen Objekten als Wissensobjekte zu behandeln als das binäre Konzept. Beispiele dafür sind etwa Klassifikationen von Parteien als „extrem“ oder „nicht extrem“ oder von Ländern als „demokratisch“ oder „nicht demokratisch“. In solchen Fällen sind unterschiedliche Orientierungspunkte für die Klassifikation der Antworten als richtig oder falsch denkbar, so etwa bei dem Beispiel des Extremismus die Definition des Bundesverfassungsgerichts, die Meinung von Experten, die dominante Darstellung in Massenmedien oder die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung, wobei diese infolge der möglichen Interpretationsspielräume keineswegs notwendig deckungsgleich ausfallen, aber in der jeweiligen Forschungsarbeit zu begründen sind.

3 Beiträge in diesem Band

Alle Beiträge in diesem Band beschäftigen sich mit Fragen rund um die Differenzierung von korrekten, falschen und „weiß nicht“ Antworten oder der subjektiven Sicherheit forcierter substanzieller (nur richtige und falsche) Antworten und nähern sich diesen Fragen auf unterschiedlichen Gebieten politischen Wissens sowie auf verschiedenen Datengrundlagen.

Simone Abendschön und *Markus Tausendpfund* untersuchen mittels Daten der GLES 2017 die Zusammenhänge von Persönlichkeit und politischem Wissen. Die Persönlichkeit von Individuen wurde bislang kaum als Determinante politischen Wissens berücksichtigt. Das ist erstaunlich, denn die Forschung konnte bereits die Relevanz von Persönlichkeitsfaktoren für diverse andere politische Orientierungen aufzeigen und es ist plausibel, dass Persönlichkeitsfaktoren auch das Antwortverhalten bei politischen Wissensfragen beeinflussen. Auf Grundlage des weit verbreiteten Fünf-Faktoren-Modells der Persönlichkeit (Big Five-Modell) werden in dem Beitrag die Zusammenhänge zwischen den fünf Persönlichkeitsmerkmalen und korrekten, falschen sowie „weiß nicht“ Antworten bei politischen Wissensfragen analysiert. Die empirischen Ergebnisse deuten auf einen begrenzten direkten Einfluss der Persönlichkeitsmerkmale auf politisches Wissen hin. Zwar lassen sich zahlreiche bivariate Beziehungen statistisch absichern, aber es handelt sich um schwache Relationen. Bei den multivariaten Analysen zeigen die klassischen Erklärungsfaktoren nicht nur eine größere Varianzaufklärung, sondern auch deutlich stärkere Effekte als die Persönlichkeitsmerkmale.

Zu den am besten gesicherten Erkenntnissen der empirischen Politikwissenschaft gehört, dass Männer in Befragungen größeres politisches Wissen zeigen als Frauen (Dow 2009; Fraile 2014; Fortin-Rittberger 2020). Für die Erklärung dieses Unterschieds finden sich einerseits inhaltliche Ansätze und andererseits messmethodische Überlegungen. *Fabio Best* und *Sascha Huber* untersuchen auf Grundlage von zwei selbst entworfenen Experimenten, welchen Einfluss das Angebot einer „weiß nicht“ Antwortkategorie auf das gemessene Wissensniveau hat. Außerdem wird geprüft, ob es geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Nutzung unterschiedlich aussagekräftiger Hinweise zur Bewertung unbekannter Politikerinnen und Politiker gibt. Die Autoren ziehen drei Schlussfolgerungen. Erstens kann ein Drittel des Geschlechterunterschieds im korrekten politischen Wissen auf das Messinstrument mit einer „weiß nicht“ Kategorie zurückgeführt werden. Zweitens nimmt dieser Unterschied in jüngeren Kohorten ab. Allerdings ist kein höheres Wissensniveau der Frauen festzustellen, sondern es zeigt sich eine angleichende Neigung von Männern ähnlich häufig wie Frauen mit „weiß

nicht“ zu antworten, statt zu raten. Drittens deuten die empirischen Befunde darauf hin, dass Männer bei Fragen zu unbekanntem Politikern und Politikerinnen häufiger auch nicht valide Informationen nutzen, während Frauen häufiger mit „weiß nicht“ antworten.

Das Wissen der Bevölkerung über den Policy-Bereich „Alterssicherung“ ist in Deutschland aus zwei Gründen besonders wichtig: Erstens ist es als Voraussetzung einer fundierten Einschätzung der Ausgestaltung des Alterssicherungssystems für die Gesellschaft erforderlich. Zweitens kann infolge der durch die Reformen gestiegenen Eigenverantwortung unzureichendes Wissen zu einer Lücke der persönlichen Absicherung im Alter führen und bei Erkennen dieser Lücke Legitimitätsverluste nach sich ziehen. Im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Projekts „Rente – Unwissend in die Krise?“ wurde ein neues Erhebungsinstrument zur Messung des Alterssicherungswissens entwickelt und 2021 in einer telefonischen Repräsentativ-Befragung der wahlberechtigten Bevölkerung eingesetzt. Der Beitrag von *Daniel Moosdorf* stellt dieses Erhebungsinstrument vor. Neben der Erfassung des staatlichen Alterssicherungswissens in der Bevölkerung wurde auch die subjektive Sicherheit der Befragten zu ihrem Wissen erhoben. Auf dieser Grundlage unterscheidet Moosdorf folgende Typen: Fehlüberzeugte, Bekennende Unkundige, Unsicher Wissende und Sicher Wissende. Die empirischen Befunde zeigen, dass der größere Anteil der Bevölkerung zu den ersten beiden Typen gehört.

Auf Grundlage desselben Datensatzes und der zuvor vorgestellten Typologie beschäftigt sich *Bettina Westle* mit der politischen Unterstützung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Deren langjährige Finanzierung mittels des Generationenvertrags ist durch den demografischen Wandel in Deutschland in Bedrängnis geraten. Ein nunmehr über 30 Jahre währender Reformprozess zog im Kontrast zu früheren Versprechen der Politik, die Renten seien sicher, vielfältige Veränderungen und Leistungseinschränkungen sowie neue Anforderungen an die eigenverantwortliche Altersvorsorge nach sich. Die Analysen zeigen, dass große Teile der Bevölkerung die veränderten Konditionen noch nicht kennt, vage und falsche Vorstellungen dagegen weit verbreitet sind. Personen mit sicherem korrektem Wissen zeigen jedoch die positivsten Urteile zur aktuellen Funktionsfähigkeit der GRV, solche mit falschen Überzeugungen die negativsten, während Unsichere und Bekennende Unkundige dazwischen liegen. Diese Urteilsunterschiede werden vor allem durch verschiedene Betroffenheiten und unterschiedliche Defizitwahrnehmungen zur Erfüllung von Gerechtigkeitsvorstellungen verschärft.

Das Wissen der Bevölkerung zur Außen- und Sicherheitspolitik wurde lange Zeit kaum beachtet, da vermutet wurde, dass bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern nur geringe Kenntnisse vorhanden seien. Der Beitrag von *Markus Stein-*

brecher und *Heiko Biehl* untersucht mittels der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 das Niveau und die Determinanten verteidigungspolitischen Wissens in Deutschland. Dabei schwankt die bekundete Kenntnis zu verschiedenen Aspekten der Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Bündnisverteidigung zwischen 7 % und über 70 %. Für die Erklärung korrekter und „weiß nicht“ Antworten sind insbesondere motivationale Merkmale sowie in geringerem Maße persönliche Kontakte, Medienwahrnehmungen und individuelle Ressourcen relevant, während formale Bildung und andere Ressourcen kaum Bedeutung haben. Die Erklärungsfaktoren sind allerdings nur bedingt geeignet, das Ausmaß falscher Antworten zu bestimmen. Angesichts von „Postfakten“ und „Fake-News“ zeigt sich hier eine relevantes Forschungsdesiderat.

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist als parlamentarische Demokratie organisiert. Die Wahl und Abberufungsmöglichkeit der Regierung durch das Parlament bilden das entscheidende Merkmal eines parlamentarischen Regierungssystems. Der dadurch entstehende „neue Dualismus“ verläuft nicht wie in der klassischen Gewaltenteilungslehre zwischen Parlament und Regierung, sondern zwischen parlamentarischer Regierungsmehrheit und Regierung einerseits und der Opposition andererseits. Sind die damit verbundenen Machtstrukturen und Gewaltenschränkungen nicht bekannt oder werden sie falsch verstanden, dann fehlen zentrale Kriterien oder es werden unangemessene Kriterien zur Beurteilung politischen Handelns genutzt. *Katrin Hahn-Laudenberg* untersucht in ihrem Beitrag, ob bei Jugendlichen misskonzeptuelle Vorstellungen zum parlamentarischen Regierungssystem verbreitet sind, insbesondere solche einer plebiszitären Abhängigkeit der Regierungsspitze oder der Existenz eines präsidentiellen Systems in Deutschland. Die Befragungen von 25 Klassen zu zwei Zeitpunkten weisen eine breite und systematische Verankerung plebiszitärer Misskonzepte nach, aber auch die Veränderbarkeit dieser Misskonzepte.

Die Digitalisierung erreicht inzwischen auch die Sphäre der wissenschaftlichen Forschung mittels Umfragen. Von Interviewern durchgeführte Erhebungsformen (face-to-face und Telefon) werden zunehmend durch selbstadministrierte Onlinebefragungen verdrängt. Diese stellen jedoch die valide Messung von politischem Wissen vor neue Herausforderungen. Im Schlussbeitrag beschäftigt sich *Bettina Westle* primär auf theoretischer Ebene mit Problemen des Antwortverhaltens in Onlineerhebungen zu Faktenwissen. So stellen sich vor allem die Fragen, ob Raten ganz oder teilweise durch die Möglichkeit des Recherchierens abgelöst wird und inwieweit die Artikulation von Pseudowissen unter den von früheren Studien abweichenden Befragungskontexten vorkommt und als Indikator der Anfälligkeit für Fake-Objekte sowie der Rateneigung genutzt werden kann. Da die Datenlage für solche Fragestellungen bislang in Deutschland sehr schwach

ist, konnten nur wenige der zuvor erörterten Probleme auch empirisch untersucht werden. Der Beitrag versteht sich jedoch primär als grundlegende Anregung für weitere Studien in diesem schwierigen Terrain.

Literatur

- Bennett, Stephen Earl. 1989. Trends in Americans' political information, 1967–1987. *American Politics Research* 17 (4): 422–435.
- Dahl, Robert A. 2000. *On Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Damstra, Alyt, Rens Vliegthart, Hajo Boomgaarden, Kathrin Glüer, Elina Lindgren, Jesper Strömbäck, und Yariv Tsfati. 2023. Knowledge and the News: An Investigation of the Relation Between News Use, News Avoidance, and the Presence of (Mis)beliefs. *The International Journal of Press/Politics* 28 (1): 29–48.
- Delli Carpini, Michael X., und Scott Keeter. 1996. *What Americans know about politics and why it matters*. New Haven: Yale University Press.
- Dow, Jay K. 2009. Gender Differences in Political Knowledge: Distinguishing Characteristics-Based and Returns-Based Differences. *Political Behavior* 31 (1): 117–136.
- Flynn, D.J., Brendan Nyhan, und Jason Reifler. 2017. The Nature and Origins of Misperceptions: Understanding False and Unsupported Beliefs About Politics. *Political Psychology* 38 (S1): 127–150.
- Fortin-Rittberger, Jessica. 2020. Political Knowledge: Assessing the Stability of Gender Gaps Cross-Nationally. *International Journal of Public Opinion Research* 32 (1): 46–65.
- Fraile, Marta. 2014. Do Women Know Less About Politics Than Men? The Gender Gap in Political Knowledge in Europe. *Social Politics* 21 (2): 261–289.
- Gil de Zúñiga, Homero, Brian Weeks, und Alberto Ardèvol-Abreu. 2017. Effects of the News-Finds-Me Perception in Communication: Social Media Use Implications for News Seeking and Learning About Politics. *Journal of Computer-Mediated Communication* 22 (3): 105–123.
- Hebestreit, Ray. 2013. *Partizipation in der Wissensgesellschaft: Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren*. Wiesbaden.
- Jerit, Jennifer, und Yangzi Zhao. 2020. Political Misinformation. *Annual Review of Political Science* 23 (1): 77–94.
- Kuklinski, James H., Paul J. Quirk, Jennifer Jerit, David Schwieder, und Robert F. Rich. 2000. Misinformation and the Currency of Democratic Citizenship. *Journal of Politics* 62 (3): 790–816.
- Lee, Seonghui, und Akitaka Matsuo. 2018. Decomposing political knowledge: What is confidence in knowledge and why it matters. *Electoral Studies* 51: 1–13.
- Melcher, Reinhold. 2021. *Der Zusammenhang zwischen politischer Versiertheit und Wahlentscheidungsqualität. Eine Fundierung auf Basis der Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mondak, Jeffery J. 1999. Reconsidering the Measurement of Political Knowledge. *Political Analysis* 8 (1): 57–82.

- Mondak, Jeffery J., und Belinda Creel Davis. 2001. Asked and Answered: Knowledge Levels When We Will Not Take “Don't Know” for an Answer. *Political Behavior* 23 (3): 199–224.
- Mondak, Jeffrey J. 2001. Developing Valid Knowledge Scales. *American Journal of Political Science* 45 (1): 224–238.
- Page, Benjamin I., und Robert Y. Shapiro. 1992. *The rational public. Fifty years of trends in Americans' policy preferences*. Chicago: University of Chicago Press.
- Prior, Markus, und Arthur Lupia. 2008. Money, Time, and Political Knowledge: Distinguishing Quick Recall and Political Learning Skills. *American Journal of Political Science* 52 (1): 169–183.
- Schübel, Thomas. 2018. *Die soziale Verteilung politischen Wissens in Deutschland. Wissensunterschiede und deren Ursachen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Van Aelst, Peter, Jesper Strömbäck, Toril Aalberg, Frank Esser, Claes de Vreese, Jörg Matthes, David Hopmann, Susana Salgado, Nicolas Hubé, Agnieszka Stępińska, Stylianos Papathanassopoulos, Rosa Berganza, Guido Legnante, Carsten Reinemann, Tamir Sheaffer, und James Stanyer. 2017. Political communication in a high-choice media environment: a challenge for democracy? *Annals of the International Communication Association* 41 (1): 3–27.
- Westle, Bettina, und Markus Tausendpfund. 2019. Politisches Wissen. Relevanz, Messung, Befunde. In *Politisches Wissen. Relevanz, Messung und Befunde*, Hrsg. Bettina Westle und Markus Tausendpfund, 1–39. Wiesbaden: Springer VS.

Dr. Bettina Westle ist Professorin (i. R.) am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: Wahl-, Partizipations- und Einstellungsforschung, Politik-Kognitionen, Politische Kultur, Kollektive Identität, Migration und Demokratie. E-Mail: westle@staff.uni-marburg.de

Dr. Markus Tausendpfund ist außerplanmäßiger Professor an der Fakultät für Kultur- und Sozialwissenschaften, Arbeitsstelle „Quantitative Methoden“, an der FernUniversität in Hagen. Forschungsschwerpunkte: Methoden der empirischen Sozialforschung, Einstellungs- und Verhaltensforschung sowie lokale Politikforschung. E-Mail: Markus.Tausendpfund@fernuni-hagen.de



Persönlichkeit und politisches Wissen

Simone Abendschön und Markus Tausendpfund

1 Einleitung

Politisches Wissen ist eine wichtige Voraussetzung für die kompetente Teilhabe am politischen Prozess und stellt damit ein zentrales Konzept der sozialwissenschaftlichen Einstellungs- und Verhaltensforschung dar (Mondak 2001, S. 238; Westle 2020). Den Bürgerinnen und Bürgern wird durch politisches Wissen ermöglicht, ihre politischen Präferenzen auszubilden (Delli Carpini und Keeter 1996). Weiterhin steht politisches Wissen auf positive Weise mit anderen politischen Einstellungen wie Selbstwirksamkeit und Unterstützung sowie Partizipation in Zusammenhang (Westle und Tausendpfund 2019).

Die Forschung konnte bereits zahlreiche Bestimmungsfaktoren politischen Wissens identifizieren, z. B. Bildung und politisches Interesse (Westle und Tausendpfund 2019, S. 23–27; Tausendpfund 2020), aber die Rolle von Persönlichkeitsfaktoren wurde bisher kaum berücksichtigt. Dies ist aus zwei Gründen überraschend. Erstens konnte die Forschung die Relevanz von Persönlichkeitsfaktoren für diverse politische Orientierungen aufzeigen (z. B. Schumann 2005;

S. Abendschön (✉)
Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen, Deutschland
E-Mail: Simone.Abendschoen@sowi.uni-giessen.de

M. Tausendpfund
FernUniversität in Hagen, Hagen, Deutschland
E-Mail: Markus.Tausendpfund@fernuni-hagen.de

Schoen 2012). Zweitens können Persönlichkeitsfaktoren auch das Antwortverhalten bei politischen Wissensfragen beeinflussen. Das letztgenannte Argument schließt an eine strittige Frage der politischen Wissensforschung an, nämlich die nach der „richtigen“ Operationalisierung politischen Wissens in Umfragestudien. Dabei wird diskutiert, ob politische Wissensfragen eine „weiß nicht“ Antwortkategorie bieten sollen oder nicht (Mondak 2001; Luskin und Bullock 2011). Studien fanden in diesem Zusammenhang bspw. heraus, dass weibliche Befragte „ehrlicher“ antworten und bei Nichtwissen bzw. Unsicherheit häufiger die „weiß nicht“ Kategorie wählten als männliche Personen, die wiederum bei Nichtwissen eher zum Raten neigen (Westle 2009a; Fraile 2014; unter Bedingungen der Aktivierung eines Geschlechtsstereotyps siehe auch Ihme und Tausendpfund 2019).

Trotz dieser Befunde werden in der Forschungspraxis bei der Erfassung politischen Wissens „weiß nicht“ Angaben und objektiv falsche Antworten meist zusammengefasst und nicht als eigenständige Kategorien betrachtet. Wir nehmen an, dass auch die Persönlichkeit von Befragten das jeweilige Antwortverhalten beeinflusst. So könnten bspw. gewissenhafte Personen häufiger zu einer „weiß nicht“ Antwort tendieren (aber: Jessee 2017), während extrovertierte Personen sich trauen, eine Antwort zu geben, auch wenn diese womöglich nur auf „Halbwissen“ basiert.

Vor diesem Hintergrund zielt der vorliegende Beitrag darauf ab, den Einfluss von Persönlichkeitsfaktoren auf korrekte Antworten, „weiß nicht“ Angaben und falsche Antworten bei politischen Wissensfragen zu analysieren. Für die Bearbeitung dieser Forschungsfrage ist der Beitrag wie folgt strukturiert. Im folgenden Abschnitt wird zunächst der Forschungsstand zum Zusammenhang des politischen Wissens mit Persönlichkeitsfaktoren des Big-Five-Modells präsentiert, ehe die Analysestrategie skizziert wird. Im dritten Abschnitt stellen wir die Datengrundlage und die Operationalisierung der zentralen Konzepte vor. Im Anschluss werden die empirischen Befunde präsentiert. Ein Fazit und ein Ausblick auf weitere Forschungsperspektiven schließen den Beitrag ab.

2 Forschungsstand und Hypothesen

2.1 Politisches Wissen

Wir verstehen politisches Wissen als kognitiv abgespeichertes Faktenwissen über politische Angelegenheiten und beziehen uns hierbei auf die klassische Definition von Delli Carpini und Keeter (1996, S. 10), in der „political knowledge“ als „the

range of factual information about politics that is stored in long-term memory“ beschrieben wird oder mit Boudreau und Lupia (2011, S. 171) als „a citizen’s ability to provide correct answers to a specific set of fact-based questions“. Zu Inhalten politischen Wissens lassen sich mit Delli Carpini und Keeter (1996, S. 10–12) drei Dimensionen unterscheiden: Faktenwissen über politische Institutionen, Strukturen und Regeln, über politische Akteure und über politische Sachfragen.

Wir untersuchen nicht nur, ob bestimmte Persönlichkeitsmerkmale einen Einfluss auf das individuelle Niveau korrekten Wissens haben, sondern sind ebenfalls daran interessiert, inwieweit sich die Persönlichkeit im Antwortverhalten selbst ausdrückt. Daher unterscheiden wir nicht dichotom zwischen korrektem Faktenwissen auf der einen Seite und dem Spiegelbild der zusammengefassten „weiß nicht“ Angaben und falschen Antworten auf der anderen Seite, sondern berücksichtigen Fehlüberzeugungen (falsche Antworten) und fehlende substantielle Antworten („weiß nicht“ oder verweigert) als separate Formen.

Damit beschäftigen wir uns mit dem in der politischen Wissensforschung diskutierten Streitpunkt, ob bewusstes Nichtwissen eines politischen Sachverhalts ein „Mehr“ oder „Weniger“ oder „Anders“ an politischem Wissen zum Ausdruck bringt oder ob es keinen Unterschied macht, ob jemand angibt, eine Antwort auf eine Frage nicht zu wissen und stattdessen eine falsche Antwort wählt. Mondak (1999) argumentiert, dass eine nur dichotome Unterscheidung zwischen Wissen und Nichtwissen das „wahre“ Wissen der Befragten unterschätzen kann und somit sowohl konzeptionell unvollständig als auch empirisch nicht valide sei. Zwar halten auch Luskin und Bullock (2011, S. 554) fest, dass „weiß nicht“ Antworten konzeptionell eine andere (Nicht-)Wissensebene abbilden als falsches Wissen, aber Frageformulierungen, die darauf abzielen, „weiß nicht“ Antworten zu vermeiden, konnten nur wenig verborgenes Wissen offenlegen. Jessee (2017) kommt zudem zum Schluss, dass Befragte, die sich bei politischen Wissensfragen für „weiß nicht“ entschieden, insgesamt über weniger politisches Wissen verfügten als diejenigen, die bei Nichtwissen eine falsche Antwort gaben.

Mit Blick auf politisches Verhalten könnte es aber problematisch sein, wenn nicht zwischen Personen unterschieden wird, denen ihr „Nichtwissen“ bewusst ist („weiß nicht“ Angaben) und denen, die von falschen Annahmen ausgehen (Mondak 1999; Mondak 2001; Luskin und Bullock 2011; für einen Überblick siehe auch Johann 2008; Westle 2011, S. 839–841; Vollmar 2012, S. 101–108). Hier weisen bspw. Braun und Tausendpfund (2019, S. 218–219) darauf hin, dass es – betrachtet man politisches Wissen als Basis für politische Partizipation – einen Unterschied machen könnte, ob dieses politische Verhalten auf reflektiertem Nichtwissen oder Fehlvorstellungen basiert. So zeigen zwar Personen mit

korrekten Antworten eine höhere Wahlbeteiligung bei Europawahlen als Befragte mit falschen Angaben, aber Befragte mit falschen Antworten beteiligen sich eher an der Europawahl als Befragte, die bei Wissensfragen mit „weiß nicht“ geantwortet haben (Braun und Tausendpfund 2019, S. 224–225). Aber nicht nur bei den Folgen, sondern auch bei den Determinanten könnte es Unterschiede für falsche und „weiß nicht“ Antworten geben. Wir nehmen an, dass sich die zugrunde liegenden Mechanismen bei der Wahl einer „weiß nicht“ Antwort und einer objektiv falschen Antwort unterscheiden und dass dabei auch die Persönlichkeit von Befragten das jeweilige Antwortverhalten beeinflussen könnte.

2.2 Persönlichkeit und Politik

Sozialpsychologische Überlegungen und Befunde spielen in der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung schon seit mehreren Jahrzehnten eine Rolle. So wird bspw. das Konzept der politischen Selbstwirksamkeit (Balch 1974; Vetter 1997) als Erklärungsfaktor für politische Partizipation genutzt, z. B. im Civic Voluntarism Modell von Verba et al. (1995), oder das Konzept der Parteiidentifikation als zentraler Erklärungsfaktor des sozialpsychologischen Erklärungsansatzes der Wahlforschung (Campbell et al. 1960; Schoen und Weins 2014). Auch fremdenfeindliche Einstellungen werden häufig unter Rückbezug auf psychologische Ansätze erklärt (Allport 1971; Mummendey und Otten 2002).

Spätestens seit der Jahrtausendwende verdichtet sich darüber hinaus in der sozialwissenschaftlichen Einstellungsforschung die Vorstellung, dass bestimmte Persönlichkeitsfaktoren politisches Denken und Handeln prägen könnten (z. B. Schumann 2005; Mondak 2010; Kandler et al. 2022). Das in der Psychologie entwickelte Big-Five-Konzept stellt dabei das etablierteste Bezugsmodell zur Analyse menschlicher Persönlichkeit dar (Neyer und Asendorpf 2018, S. 104–113). Es unterscheidet fünf breite Persönlichkeitsmerkmale, die auf Basis von Umfrageitems gemessen werden können: Extraversion, Verträglichkeit, Gewissenhaftigkeit, Neurotizismus (bzw. emotionale Stabilität) und Offenheit (für neue Erfahrungen):

1. *Extraversion*: Extravertierte (vs. introvertierte) Personen werden als aktiv, selbstbewusst, gesprächig, kommunikativ und durchsetzungsfähig beschrieben.
2. *Verträglichkeit*: Verträgliche Personen zeichnen sich im Gegensatz zu Personen, die nicht verträglich sind, durch ein Bedürfnis nach harmonischen

Beziehungen zu anderen Menschen aus, gelten als vertrauensvoll, altruistisch, mitfühlend, warmherzig und kooperativ.

3. *Gewissenhaftigkeit*: Gewissenhafte Personen gelten als zuverlässig und leistungsorientiert sowie als fleißig, gründlich und gut organisiert im Gegensatz zu nicht gewissenhaften Individuen.
4. *Neurotizismus*: Neurotische Menschen gelten im Gegensatz zu ihren emotional stabilen Gegenpolen als reizbar und können negative Emotionen wie Wut, Sorgen, Enttäuschung schlecht kontrollieren.
5. *Offenheit*: Offene Menschen gelten im Gegensatz zu nicht offenen Personen als neugierig, tolerant, vielfältig interessiert und aufgeschlossen für Neues.

Das Modell wird seit fast drei Jahrzehnten genutzt und wurde vielfach, auch kulturübergreifend, bestätigt. Es geht davon aus, dass diese fünf Faktoren die menschliche Persönlichkeit umfassend abbilden und strukturieren können und für Überzeugungen und Handeln relevant sind (s. ausführlich Mondak 2010, Kap. 3 zur Genese des Big-Five-Modells). Die Persönlichkeit gilt grundlegend und lebenslang bzw. bereits in der Jugend als konsistent strukturiert (Gerber et al. 2011).

Es liegen allerdings erst wenige Arbeiten vor, die eine Integration des Big-Five-Modells in die Forschung zum politischen Wissen bzw. des Antwortverhaltens bei politischen Wissensfragen vornehmen (z. B. Schoen 2005; Rasmussen 2016; Lyons 2017; Jessee 2017). Für Deutschland steht eine Analyse unter differenzierter Berücksichtigung der „weiß nicht“ Angaben und falschen Antworten auf Wissensfragen noch aus. Welche Einflüsse auf das politische Wissen in den hier differenzierten drei Formen lassen sich von diesen fünf Persönlichkeitsfaktoren erwarten?

Extraversion: Extravertierte Personen gelten als gesellig, in sozialen Netzwerken aktiv, selbstsicher und „an gesellschaftlichen Vorgängen interessiert“ (Kandler et al. 2022, S. 68). Das bringt sie auch in Kontakt mit einer großen Bandbreite an politischen Meinungen und Inhalten. Obwohl das nicht automatisch bedeuten muss, dass Extravertierte über ein höheres politisches Wissensniveau verfügen als introvertierte Personen, geben sie in zahlreichen Studien an, politisch interessiert zu sein (Mondak und Halperin 2008; Mondak 2010; Gerber et al. 2011) und sich auch häufiger an politischen Diskussionen zu beteiligen als introvertierte Personen (Mondak und Halperin 2008; Quintelier und Theocharis 2013; Hibbing et al. 2011; Russo und Amnå 2016; Abendschön und García-Albacete 2021). Beide Befunde deuten darauf hin, dass sie über solche Aktivitäten auch mehr korrektes politisches Wissen erlangen. Allerdings zeigen Untersuchungen einen negativen Zusammenhang zwischen Extraversion und genereller akademi-

scher Leistung (Richardson et al. 2012). Rasmussen (2016) findet zudem einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen Extraversion und politischem Wissen (allerdings verschwindet die statistische Signifikanz, wenn neben den Persönlichkeitsfaktoren noch weitere Merkmale in das Erklärungsmodell aufgenommen werden). Dagegen kann Schoen (2005, S. 142) eine positive Korrelation zwischen Extraversion und politischem Wissen belegen. Insgesamt ist die empirische Befundlage zwischen Extraversion und korrekten Antworten auf politische Wissensfragen widersprüchlich. Wir postulieren an dieser Stelle einen positiven Zusammenhang, da Extraversion eine stärkere Auseinandersetzung mit Politik begünstigt und dadurch Personen, die über ein hohes Niveau dieser Persönlichkeitseigenschaft verfügen, auch ein größeres Wissensniveau erlangen können. Da extravertierte Personen selbstsicherer sind als introvertiertere Personen, könnten sie zudem eher dazu neigen, zu raten statt mit „weiß nicht“ zu antworten. Entsprechend erwarten wir eine negative Korrelation zwischen Extraversion und „weiß nicht“ Angaben und eine positive Beziehung zwischen Extraversion und falschen Angaben. Bei einer höheren Rateneigung sollten schließlich auch verstärkt falsche Antworten gewählt werden, da die Wahrscheinlichkeit eine falsche Antwort zu wählen mit der Anzahl der Antwortmöglichkeiten zunimmt. Folgende Hypothesen werden daher formuliert:

- H1a: Je stärker die Extraversion, desto häufiger werden korrekte Antworten gewählt.
- H1b: Je stärker die Extraversion, desto seltener werden „weiß nicht“ Antworten gewählt.
- H1c: Je stärker die Extraversion, desto häufiger werden falsche Antworten gewählt.

Verträglichkeit: Menschen, die einen hohen Wert bei Verträglichkeit aufweisen, werden als freundlich und hilfsbereit (Neyer und Asendorpf 2018, S. 109) sowie als kooperativ, bescheiden, nach Harmonie strebend und mitfühlend beschrieben (Mondak 2010, S. 58). Da Politik selbst konfliktreich ist, vermuten wir, dass sich verträgliche Personen insgesamt weniger mit dem konfliktreichen Thema Politik beschäftigen und daher auch weniger kognitiv politisch involviert sind. Da sie eher Konflikte mit anderen vermeiden, darauf deuten die empirischen Ergebnisse verschiedener Studien hin, nehmen sie auch weniger an politischen Diskussionen teil (Russo und Amnå 2016; Abendschön und García-Albacete 2021), was mit weniger Kontakt zu politischen Themen einhergeht. Die meisten Studien zeigen allerdings keine statistisch signifikanten Zusammenhänge zwischen Verträglichkeit und korrektem politischem Wissen (Mondak und Halperin 2008; Mondak 2010;

Gerber et al. 2011; Rasmussen 2016). Eine Ausnahme bildet die Untersuchung von Lyons (2017, S. 284) in Tschechien. Hier ließ sich ein statistisch signifikanter, wenn auch verhältnismäßig schwacher, negativer Effekt von Verträglichkeit auf politisches Faktenwissen nachweisen. Dagegen findet sich bei Schoen (2005, S. 142) ein schwacher, positiver Zusammenhang. Wir vermuten, dass verträgliche Personen womöglich aufgrund ihrer Konfliktscheu, Hilfsbereitschaft und Kooperationsneigung auch stärker von sozialer Erwünschtheit betroffen sind und es den Interviewenden in persönlichen Interviews möglichst recht machen wollen und sich deshalb um eine substanzielle Antwort bemühen, also bei Unsicherheit häufiger raten. Deshalb erwarten wir einen negativen Zusammenhang zwischen Verträglichkeit und „weiß nicht“ Angaben und einen positiven Zusammenhang zwischen Verträglichkeit und falschen Antworten.

H2a: Zwischen Verträglichkeit und korrekten Angaben besteht kein Zusammenhang.

H2b: Je stärker die Verträglichkeit, desto seltener werden „weiß nicht“ Antworten gewählt.

H2c: Je stärker die Verträglichkeit, desto häufiger werden falsche Antworten gewählt.

Gewissenhaftigkeit: Personen, die über eine ausgeprägte Gewissenhaftigkeit verfügen, gelten als gut organisiert, zuverlässig, pflichtbewusst und beharrlich (Neyer und Asendorpf 2018, S. 108; Mondak 2010). Das bedeutet im Hinblick auf ihre politische Involvierung, dass sie auch ihre Bürgerrolle verantwortungsvoller ausfüllen sollten als weniger gewissenhafte Mitbürger und sie sich daher eher politisch informieren und engagieren. Tatsächlich konnte Mondak (2010) belegen, dass sich gewissenhafte Individuen eher an Wahlen beteiligen. Neben der Wahlteilnahme als Bürgerpflicht gehen wir davon aus, dass sich gewissenhafte Personen im politischen Bereich verpflichtet fühlen, sich zu informieren und politisches Wissen zu erwerben, um politische Entscheidungen sachbegründet treffen zu können. Ältere Studien können zeigen, dass gewissenhaftere Personen ein größeres politisches Interesse aufweisen als weniger gewissenhafte Personen (Mondak und Halperin 2008; Mondak 2010; Gerber et al. 2011). Schoen (2005) und Rasmussen (2016) sowie teilweise auch Lyons (2017, S. 284) belegen positive Effekte von Gewissenhaftigkeit auf politisches Wissen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass gewissenhafte Personen über ein höheres Wissensniveau verfügen als weniger gewissenhafte Personen. Zum Antwortverhalten bei Situationen unter Unsicherheit gehen wir davon aus, dass gewissenhafte Menschen eher weniger zum Raten tendieren, da dies einer gewissenhaften Umfrageteilnahme

widerspricht, und daher bei bewusstem Nichtwissen eher „weiß nicht“ antworten als weniger gewissenhafte Personen. Entsprechend sollte sich ein positiver Zusammenhang zwischen Gewissenhaftigkeit und „weiß nicht“ Angaben sowie eine negative Beziehung zwischen Gewissenhaftigkeit und falschen Antworten zeigen.

- H3a: Je stärker die Gewissenhaftigkeit, desto häufiger werden korrekte Antworten gewählt.
- H3b: Je stärker die Gewissenhaftigkeit, desto häufiger werden „weiß nicht“ Antworten gewählt.
- H3c: Je stärker die Gewissenhaftigkeit, desto seltener werden falsche Antworten gewählt.

Neurotizismus: Diese Eigenschaft ist wichtig für soziale Interaktionen bzw. Beziehungen zu anderen. Emotional instabile, neurotische Personen neigen dazu, weniger soziale Kontakte zu pflegen als emotional stabilere Menschen. Deshalb nehmen wir an, dass emotional instabilere Persönlichkeiten weniger Aufmerksamkeit auf politische Angelegenheiten verwenden. Allerdings gibt es bislang nur wenige Erkenntnisse über Einflüsse dieser Eigenschaft auf politische Involvierung und politische Beteiligung. Russo und Amnå (2016) zeigen für ihre schwedischen Daten, dass neurotische Jugendliche eine geringere politische Selbstwirksamkeit aufweisen als emotional gefestigtere, Abendschön und García-Albacete (2021) finden ebenfalls einen geringfügigen negativen Effekt von emotionaler Instabilität auf die Teilnahme an politischen Diskussionen. Die empirischen Befunde zur Beziehung zwischen Neurotizismus und korrekten Antworten sind allerdings widersprüchlich. Bei Rasmussen (2016, S. 1046) findet sich erwartungsgemäß eine negative Beziehung, dagegen kann Lyons (2017, S. 284) eine positive Korrelation von emotionaler Instabilität auf politisches Wissen belegen. Vor dem Hintergrund der theoretischen Argumentation vermuten wir einen negativen Zusammenhang zwischen Neurotizismus und korrekten Angaben. Zum weiteren Antwortverhalten gehen wir davon aus, dass emotional instabile Personen auch sozial unsicher sind und deshalb häufiger mit „weiß nicht“ antworten. Deshalb erwarten wir eine positive Beziehung zwischen Neurotizismus und „weiß nicht“ Angaben. Auch sollte Neurotizismus verstärkt zu falschen Antworten führen.

- H4a: Je stärker Neurotizismus, desto seltener werden korrekte Antworten gewählt.
- H4b: Je stärker Neurotizismus, desto häufiger werden „weiß nicht“ Antworten gewählt.
- H4c: Je stärker Neurotizismus, desto häufiger werden falsche Antworten gewählt.